

**Zeitschrift:** Appenzeller Kalender

**Band:** 272 (1993)

**Artikel:** Blick in die Welt

**Autor:** Bührer, Walter

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-376850>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Blick in die Welt

Von Dr. Walter Bührer, Trogen

Selten zuvor hat sich die politische Landkarte Europas rasanter verändert als in den Jahren zwischen 1989 und 1992. Der Befreiung Osteuropas vom Joch des Kommunismus folgte 1991 das Auseinanderbrechen des Sowjetstaates. Das künstliche Gebilde, das Lenin und seine Erben geschaffen und in ein eisernes Korsett gezwungen hatten, zerfiel in eine Reihe neuer, unabhängiger Republiken. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien zerbrach unter kriegerischem Getöse, und aus seinen Trümmern erstanden ebenfalls neue Republiken, die ihren Platz in der europäischen Staatengemeinschaft beanspruchten. Die Europäische Gemeinschaft ihrerseits kam auf dem Weg zur Europäischen Politischen Union ein bedeutendes Stück voran. Durch die Beschlüsse von Maastricht wurde die EG mehr noch als bisher zum Kern und Motor der künftigen Entwicklung Europas, dessen Gravitationsfeld sich auch die Schweiz nicht mehr entziehen kann.

## Das Ende der Sowjetunion

Vor Jahresfrist stellte der Chronist des Appenzeller Kalenders fest, dass sich die zentrifugalen Kräfte im Sowjetstaat beschleunigt hätten. Erfolglos stemmte sich Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow gegen das Auseinanderbrechen der Union. Die Flutwelle, die mit der Politik der Perestrojka losgetreten worden war, liess sich im Zeichen der kommunistischen Einparteienherrschaft nicht mehr eindämmen. Ein letztes Aufbüumen altkommunistischer Partefunktionäre läutete das definitive Ende der Sowjetunion ein. Am 19. August 1991 wurde Präsident Gorbatschow während eines Ferienaufenthaltes auf der Krim von einem selbsternannten «Staatskomitee für den Ausnahmezustand» festgesetzt

und für abgesetzt erklärt. Dem achtköpfigen Komitee unter Vizepräsident Gennadi Janajew gehörten unter anderen Ministerpräsident Pawlow, Innenminister Pugo, Verteidigungsminister Jasow sowie KGB-Chef Krjutschkow, an – alles Männer, die ihre Positionen Gorbatschow verdankten. Die Welt hielt den Atem an; ein Bürgerkrieg oder ein Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges konnten nicht ausgeschlossen werden. Rasch erwies sich jedoch, dass die Putschisten nur über eine schmale Machtbasis verfügten und dass ihnen die spürbar mündig gewordene städtische Bevölkerung – vor allem in Moskau und Leningrad – nicht zu folgen bereit war. Der russische Präsident Boris Jelzin organisierte den Widerstand und rief zum Generalstreik auf. Zehntausende von Menschen versammelten sich um das «Weisse Haus», den Sitz der Regierung und des Parlaments der Russischen Föderation. Bereits am dritten Tag stand das Scheitern des Putsches fest. Gorbatschow kehrte nach Moskau zurück. Doch von nun an bestimmte Jelzin den Gang der Ereignisse. Der Kommunistischen Partei wurde auf dem Gebiet der Russischen Föderation jegliche politische Tätigkeit untersagt.

Nicht nur die Partei, die während über 70 Jahren die Geschicke des Sowjetstaates bestimmt hatte, war am Ende angelangt. Auch die UdSSR hörte binnen eines halben Jahres zu existieren auf. In kurzer Zeit zerfielen sämtliche zentralen Machtapparate. In den Tagen während und nach dem Putsch erklärten praktisch sämtliche Republiken ihre Unabhängigkeit. Während sich die baltischen Staaten ganz lossagten, bemühten sich die andern, stark von Russland abhängigen Republiken um neue Formen der Zusammenarbeit. Am 21. Dezember wurde in der kasachischen Hauptstadt Alma-Ata die Gemeinschaft Unab-

hängiger Staaten (GUS) aus der Taufe gehoben und Präsident Gorbatschow für abgesetzt erklärt. Vier Tage später erklärte Gorbatschow offiziell seinen Rücktritt. Auf dem Kreml wurde anstelle der Sowjetflagge die blaurote russische Fahne gehisst.

Das Ende der Sowjetunion vollzog sich zum Schluss erstaunlich geräuschlos – gemessen an den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die das abgewirtschaftete kommunistische System hinterlassen hatte. Günstige Voraussetzungen für den Übergang zu marktwirtschaftlichen Ordnungen bestanden freilich nirgends: Es fehlte an Kapital, Knowhow und unternehmerischer Risikobereitschaft. Strittig zwischen den neuen Republiken blieb auch die Verfügungsgewalt über das nukleare Rüstungspotential und die Schwarze Meerflotte. Die Auseinandersetzungen um die mehrheitlich von Armeniern bewohnte aserbaids-

schanische Enklave Berg Karabach eskalierten mehrmals zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen. In Georgien wurde der gewählte Präsident Gamsachurdija mit Waffengewalt vertrieben, und in Moldavien arteten Sezessionsgelüste der russischen Minderheit ebenfalls zu gewalttamen Konflikten aus. Ange-sichts der wirtschaftlichen Notlage blieb die Ent-wicklung in den meisten neuen Staaten auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion ungewiss und unberechenbar.

### Kriegswirren in Jugoslawien

Auch Jugoslawien hatte sich in seiner rund 70jährigen Geschichte nie zu einem Staatswesen entwickelt, mit dem sich die Mehrheit seiner Be-völkerung identifizieren konnte. Zu gross waren die kulturellen und religiösen Gegensätze zwi-



Die Welt hielt den Atem an, als der russische Präsident Boris Jelzin den Widerstand gegen die altkommunistischen Putschisten organisierte und zum Generalstreik aufrief.



Während der Abfassung dieser Chronik dauerten die Kämpfe in Bosnien unvermindert an.

schen den einzelnen Volksgruppen, zu unterschiedlich die geschichtlichen Voraussetzungen zwischen den einstigen Untertanengebieten des türkisch-osmanischen Reiches, der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Königreiches Serbien. Unter der Führung Marschall Titos wurden die nationalen Gegensätze mit eiserner Faust unterdrückt oder verdrängt. Titos Nachfolgern gelang es nicht mehr, das schwierige jugoslawische Erbe beieinanderzuhalten. Die Gräben zwischen dem tonangebenden Serbien und den andern Republiken weiteten sich unüberbrückbar aus, als freie Wahlen in Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina nichtkommunistische Politiker an die Macht brachten, während in Serbien und Montenegro weiterhin Kommunisten den Ton angaben. Zum

Ausbruch offener Feindseligkeiten führten nacheinander die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas. Serbische Freischärler, unterstützt von der serbisch dominierten Bundesarmee, versuchten die Sezession zu verhindern oder zumindest die von Serben bewohnten Gebiete unter Kontrolle zu behalten. Während dies in Slowenien völlig misslang, führten die Serben in Kroatien einen monatelangen Krieg, der schliesslich unter UNO-Vermittlung fürs erste beigelegt werden konnte. Mitte Februar stimmte der UNO-Sicherheitsrat der Entsendung von 14 000 Blauhelmen in die Krisenregion Kroatiens zu.

Während der Abfassung dieser Chronik dauerten die Kämpfe in Bosnien unvermindert heftig an; in dieser Republik waren die Verhältnisse be-

sonders verworren, da hier Serben, Kroaten und Muslime zum Teil auf engem Raum zusammenleben. Gegen den Widerstand Serbiens wurden am 15. Januar 1992 Slowenien und Kroatien von der Europäischen Gemeinschaft sowie von zahlreichen andern Ländern, darunter auch die Schweiz, als unabhängige Staaten anerkannt. Anfang April fand auch Bosnien-Herzegowina internationale Anerkennung. Am 27. April riefen die Teilrepubliken Serbien und Montenegro ihrerseits in Belgrad einen eigenen neuen Staat, die «Bundesrepublik Jugoslawien», aus. Dieses Rest-Jugoslawien, dessen Gründungsfeiern von der EG, den USA, Japan, Brasilien und der Schweiz boykottiert wurden, umfasst noch rund zwei Fünftel des früheren jugoslawischen Territoriums. Der Vielvölkerstaat war damit unwiderstehlich auseinandergebrochen.

### Bewegung in Europa

In die jugoslawische Krise hatte sich die EG mehrfach vermittelnd eingeschaltet. Den EG-Unterhändlern, allen voran Lord Carrington, fehlte jedoch ein eigenständiges militärisches Instrument, um den Forderungen nach Waffenruhe Nachachtung zu verschaffen. Die aussenpolitische Schwäche, die sich bereits während der Golfkrise manifestiert hatte, stand in eigenartigem Gegensatz zu den Integrationsfortschritten, die die EG seit Mitte der achtziger Jahre gemacht hatte.

Im Dezember 1990 stellten die EG-Staats- und Regierungschefs entscheidende Weichen im Hinblick auf eine «Europäische Politischen Union». Hauptziel des EPU-Projekts ist eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EG-Staaten. Darüber hinaus haben sich die EG-Staaten auch einen Abbau des Demokratiedefizits und eine föderalistischere Ausgestaltung der Gemeinschaft vorgenommen. Im Dezember 1991, anlässlich der EG-Konferenz in Maastricht, wurde die Planung mit Blick auf die Wirtschafts- und Währungsunion konkretisiert: Bis zum Jahr 1997

soll die EG u.a. eine Zentralbankbehörde und eine eigene, gemeinsame Währung erhalten.

Die EG setzte den Akzent klar auf die Stärkung ihrer inneren Strukturen. Die beitrittswilligen Länder Ost- und Südeuropas sowie der Efta – allen voran Österreich, Schweden und Finnland – wurden zwar nicht abgewiesen, aber auch nicht umgehend willkommen geheißen. Immerhin bot die EG den Efta-Ländern die Möglichkeit, am europäischen Binnenmarkt voll teilzuhaben: Nach langen und mühsamen Verhandlungen konnte am 2. Mai 1992 der Vertrag über den *Europäischen Wirtschaftsraum* unterzeichnet werden. Die Efta-Staaten werden im Rahmen des EWR genauso wie die EG-Staaten von den «vier Freiheiten» (Personen-, Kapital-, Dienstleistungs- und Güterverkehr) profitieren können. Eine gleichberechtigte Mitwirkung am Aufbau des europäischen Hauses bleibt ihnen jedoch so lange versagt, als sie nicht Vollmitglieder der EG sind. Der EWR hat deshalb für die meisten Efta-Staaten (auch die Schweiz) lediglich die Bedeutung einer Übergangsregelung (vgl. Abschnitt über die schweizerische Innenpolitik).

Bewegung auch in nationalen Belangen: In Frankreich erlitten die regierenden Sozialisten bei den Regional- und Kommunalwahlen vom 22. März 1992 eine herbe Niederlage. Sie erzielten lediglich 18,3 Prozent der Stimmen (– 11 Prozent) – das schlechteste Wahlergebnis seit 1971. Demgegenüber vermochte sich Le Pens Front National von 9,6 auf 14 Prozent zu verbessern. Präsident Mitterrand sah sich genötigt, Premierministerin Edith Cresson nach nur zehnmonatiger Amtszeit abzulösen. – Auch in Deutschland wurden die beiden grossen Parteien, CDU und SPD, durch einen massiven Rechtsrutsch aufgeschreckt: In Schleswig-Holstein folgten bei den Landtagswahlen vom 5. April 6,3 Prozent der Wählenden den ausländerfeindlichen Parolen der Deutschen Volksunion; in Baden-Württemberg verlor die CDU die Mehrheit, während die Republikaner auf der äussersten Rechten fast 11 Prozent der Stimmen erzielten. Hintergrund dieser



Friedenszeichen in Madrid: Unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion versammelten sich Israel und die arabischen Nachbarstaaten an einen gemeinsamen Tisch.

Entwicklung war zweifellos auch die weit verbreitete Ernüchterung über Schwierigkeiten und Kosten der deutschen Wiedervereinigung. Abnützungerscheinungen der Regierungskoalition in Bonn offenbarte auch der Rücktritt Außenminister Hans-Dietrich Genschers, der das Auswärtige Amt während 18 Jahren geleitet hatte. – Schwere Verluste musste in *Italien* die regierende Viererkoalition hinnehmen. Christlichdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberale kamen bei den Parlamentswahlen vom 5./6. April nur noch auf 48 Prozent (1987: 53,7 Prozent). Als eindeutige Siegerin ging die Lega Nord hervor, die mit ihrem Eintreten für regionale Autonomie rund 9 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. – Im Inselkönigreich *Grossbritannien* gingen die Uhren wieder einmal anders als auf

dem Kontinent, anders auch, als sämtliche Auguren prognostiziert hatten: Die regierenden Konservativen vermochten bei den Parlamentswahlen vom 9. April zum vierten Mal hintereinander die absolute Mehrheit zu behaupten. Labour-Chef Neil Kinnock gab als Folge des unerwarteten Wahldebakels seinen Rücktritt bekannt.

### Friedenszeichen

Die neue Konstellation im Nahen Osten nach dem Zerfall des Ostblocks und nach dem Golfkrieg brachte endlich auch im Konflikt um Israel/Palästina Bewegung in die erstarrten Fronten. Den Bemühungen der amerikanischen Diplomatie gelang es schliesslich, Israel und seine arabischen Nachbarstaaten Syrien, Libanon und Jor-

daniens an einem Konferenztisch zu versammeln. Am 30. Oktober 1991 wurde in Madrid unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion die *Nahost-Friedenskonferenz* eröffnet. Ein ausgeduldiger Kompromiss ermöglichte auch einer palästinensischen Delegation, an den Verhandlungen teilzunehmen. Vier Konferenzrunden brachten zwar vorerst keine greifbaren Ergebnisse. Ein psychologisch wichtiger Durchbruch war dennoch gelungen.

In Südafrika vermochte Präsident Frederick de Klerk seine Reformpolitik weiterzuführen und durch ein Referendum abzusichern. Am 17. März sprach sich die weisse Bevölkerungsminderheit bei einer Stimmabstimmung von 85 Prozent mit 68,7 Prozent für den Kurs des Präsidenten aus – trotz erbitterter Opposition von rechten und ultrarechten Parteien. Die übrige Welt honorierte die Entwicklung Südafrikas zu einer gemischt-rassischen Gesellschaft – zu der auch Schwarzenführer Nelson Mandela entscheidend beitrug – mit der Aufhebung der meisten noch in Kraft stehenden Sanktionen.

Fast auf den Tag genau 14 Jahre nach der Machtübernahme der Kommunisten in Afghanistan – Ende April 1992 – übernahmen Mujahedin-Verbände die Macht in der Hauptstadt Kabul. Die meisten der islamisch orientierten Guerillaführer signalisierten ihre Bereitschaft, die reli-

giösen, politischen und ethnischen Gegensätze nach Jahren des Bürgerkriegs zu überwinden.

Aussicht auf Frieden auch in El Salvador: Nach zwölf Jahren Bürgerkrieg unterzeichneten Vertreter der Regierung und der Guerillaorganisation Farabundo Martí ein Waffenstillstandsabkommen, das Anfang Februar in Kraft trat. An die 75 000 Menschen hatten in diesem Bürgerkrieg ihr Leben lassen müssen. – Ebenfalls Zehntausende von Menschen hatte der Bürgerkrieg in Libanon gefordert; nach 15 Jahren währenden Kriegswirren schwiegen in der Berichtsperiode erstmals die Waffen.

Auch in Kambodscha zeichnete sich endlich ein Hoffnungsschimmer ab: Nach über 13jährigem Bürgerkrieg unterzeichneten die Konfliktparteien am 23. Oktober 1991 in Paris ein Friedensabkommen. Prinz Sihanouk, der das Land vor dem Putsch Lon Nols regiert hatte, kehrte nach über 20jährigem Exil nach Phnom Penh zurück und übernahm dort interimistisch die Regierungsgeschäfte. Mitte März 1992 nahm ein erstes Kontingent der UNO-Friedensmission seinen Dienst in Kambodscha auf. Rund 22 000 UNO-Soldaten sollen die Bürgerkriegsparteien entwaffnen und freie Wahlen in dem vom Krieg ausgebluteten ostasiatischen Land organisieren helfen.

## ■ Holz bringt mehr Freude mit Ideen, fachmännischem Rat, durchdachten Plänen, sauberer Handwerkerarbeit ■

9111.38.89/FKP

Toll i Form  
channt Holz mit

**BLUMER AG**  


**BLUMER AG**  
Holzbau, Schreinerei, Fensterbau  
Waldstatt und Herisau

Holzbau, Schreinerei, 9104 Waldstatt, Tel. (071) 51 22 76  
Holzkonstruktionen, Fassaden, Isolationen, Renovationen,  
Innenausbau, Küchen, Leimbau, BSB-Konstruktionen

Fensterbau, 9100 Herisau, Tel. (071) 51 15 62  
Massfenster in Holz und Holz-Alu, Hebeschiebetüren,  
Faltwände, Wintergärten in Holz mit Alu-Außenschutz.